



«Wir brauchen eine rhetorische Abrüstung»

Führt die Zertifikatspflicht zu einer Spaltung der Gesellschaft? Die Zürcher Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr warnt im Gespräch mit Michael von Ledebur und Daniel Fritzsche vor Zeulern auf beiden Seiten

Jacqueline Fehr bezeichnet sich selber – und durchaus mit Stolz – als Ruhestörerin. Ihren Hang zur Provokation zeigte die Zürcher SP-Regierungsrätin und Justizdirektorin letztes Jahr mit zweifelnden Äusserungen zu einer verbotsgetriebenen Corona-Politik. Seit einem halben Jahr präsidiert die streitbare Politikerin die Zürcher Kantonsregierung. Ruhiger wurde es um sie in dieser Zeit nicht. Zuletzt verärgerte Fehr die albanische Gemeinschaft, weil sie eine zuvor erteilte Bewilligung für ein Festival mit 20 000 Besuchern in Zürich-West wenige Tage vor dem Anlass wieder entzogen hatte.

Frau Fehr, Ihre kurzfristige Absage des Alba-Festivals wirft bis heute Wellen. Die SP, aber auch die SVP verteidigen die Albaner, Ihnen wirft man Rassismus vor. Eine interessante Debatte.
Ich habe versucht, mich möglichst rasch von diesen politischen Spielen zu lösen und direkt mit dem betroffenen Veranstalter ins Gespräch zu kommen. Dazu war er zum Glück bereit. Ich bin mir bewusst, dass die enorm kurzfristige Absage für ihn ein erhebliches Problem darstellt. Und dass wir ein Stück weit in der Pflicht stehen.

Was heisst das? Wird der Kanton den Veranstalter finanziell für die entstandenen Verluste entschädigen?

So viel kann ich sagen: Wir sind im Gespräch. Der Bund empfiehlt, dass der Widerruf einer Bewilligung nicht kurzfristiger als 48 Stunden vor dem Anlass erfolgen soll. Diese Frist haben wir beim Alba-Festival unterschritten. Rechtlich gesehen ist das zwar in Ordnung, weil es nur eine Empfehlung und keine Vorschrift ist. Aber es hat die Veranstalter vor eine sehr schwierige Situation gestellt. Dafür habe ich mich entschuldigt.

Was ist die Lehre aus dem Vorfall?

Bewilligungen für grössere Veranstaltungen werden die Gesundheitsfachleute künftig systematisch zwei bis drei Wochen vor dem Anlass unter dem Aspekt des epidemiologischen Risikos überprüfen. Wir sprechen hier von Anlässen mit Risikopotenzial, also Indoor-Veranstaltungen ohne Sitzplätze oder solche mit Festivalcharakter.

War die Absage im Rückblick ein Fehler?

Der Entscheid war sachlich richtig. Viele Menschen kehrten aus ihren Ferien im südöstlichen Balkan, in Kosovo, Albanien und Nordmazedonien, angesteckt zurück. Ich verstehe, dass sich gewisse

Betroffene diskriminiert fühlten, möchte aber dennoch einen Vergleich ziehen, der vielleicht nur halb treffend ist: Als man vor den letzten Weihnachten den Alten empfahl, sich nicht zu Weihnachtsfeiern zu treffen, war allen klar, dass diese Gruppe einfach einem höheren Risiko ausgesetzt war. Damals sprach niemand von «Altendiskriminierung».

Nicht verstanden wurde, dass Sie den Anlass verboten haben, obwohl nur Leute mit Covid-Zertifikat Zugang gehabt hätten. Misstrauen Sie der Wirkung des Zertifikats?

Das Problem war die hohe Infektionsrate und die tiefe Impfrate in dieser Bevölkerungsgruppe. Das Zertifikat deckt bekanntlich die 3 G ab – geimpft, genesen, getestet. Aber dass das letzte G, die Getesteten, darunter fallen, ist ein Kompromiss. Bei dieser Gruppe gibt es das Restrisiko einer Ansteckung. Und deshalb spielt es eine grosse Rolle, ob beispielsweise an einem Anlass 90 Prozent Geimpfte und 10 Prozent Getestete sind oder umgekehrt. Das sieht man bei der Kontrolle nicht. Es war klar, dass das Virus in der albanischen Community stark zirkuliert und der Anteil der Ungeimpften hoch ist. Deshalb haben die Fachleute gesagt: Das Risiko ist zu gross.

Welche Reaktionen haben Sie aus der albanischen Gemeinschaft erhalten?

Die Leute waren enttäuscht und traurig.

Manche sagten, die Albaner würden zu Sündenböcken gemacht.

Die Fakten sind so, wie sie sind, aber die zu vermitteln, ohne den Diskriminierungskontext zu befeuern, ist schwierig. Damit hatten ja auch die Medien ihre Mühe.

Sie haben die Bewilligung per Präsidialverfügung im Namen des Gesamtrats entzogen, nicht als Kulturdirektorin. Wieso haben Sie so gehandelt?

Es war die Meinung der Gesamtregierung, dass die Bewilligung zu widerrufen sei – das sollte auch in der Form



zum Ausdruck kommen. Ausserdem hatte dieses Vorgehen den Vorteil, dass die Veranstalter direkt ans Verwaltungsgericht gelangen und von diesem den Entscheid kurzfristig überprüfen lassen konnten.

Entsprach der Widerruf denn wirklich der Meinung der Gesamtregierung?

Ja, zweifelsfrei, auch wenn Sie vielleicht andere Stimmen gehört haben. Es war zwar kein formeller Beschluss, aber es gab im Regierungsrat die einhellige Meinung, dass man die Bewilligung überprüfen und widerrufen muss, falls die Fachgruppe dies empfiehlt.

Zum Eindruck der Diskriminierung beigetragen hat, dass am gleichen Wochenende in Zürich die Pride-Parade mit 20 000 Teilnehmern stattfand. Auch da hätte man von einem besonderen Risiko sprechen können: Es nahmen viele junge Leute teil, und bei diesen ist die Impfquote ebenfalls eher tief.

Ich weiss, das riecht nach Ungleichbehandlung und ist für die Leute schwer zu verstehen. Aber Sport und Kultur sind im Krisenfall «nice to have», die politischen Rechte sind garantiert. Die Pride ist eine politische Veranstaltung, und solche müssen trotz Pandemie bewilligt werden, wie eine Reihe von Gerichtsentscheiden gezeigt hat. Umgekehrt müssen sportliche und kulturelle Veranstaltungen abgesagt werden, wenn das Risiko zu hoch ist. So will es das Bundesrecht. Ich würde aber den Organisatoren von Kundgebungen empfehlen, dass sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Maskentragen nahelegen. Das hat mir bei der Pride gefehlt.

Es ist das zweite Mal innert kurzer Zeit, dass Sie sich öffentlich entschuldigen – jetzt bei der albanischen Gemeinschaft, letztes Jahr für Aussagen auf Ihrem damaligen Blog «Fehr denkt quer». Das ist unüblich in der Schweiz.

Was alle Politikerinnen und Politiker verbindet, ist, dass es niemanden gibt, der nicht auch schon einen Fehler gemacht hat. Ich stehe zu meinen Fehlern. Für den Hauptveranstalter des Alba-Festivals ist eine Welt zusammengebrochen. Er hat mir erzählt, wie er bei der ersten Austragung zuallererst gefragt worden sei, wie er Messerstechereien verhindern wolle. Drei Jahre später kommen wir und sagen, sein Anlass findet nicht statt. Es ist klar, dass er denkt: Was müssen wir denn tun, damit wir gleich behandelt werden? Ich verstehe das Gefühl der Diskriminierung.

Sie haben vorher gesagt, es sei ein Kompromiss, dass heute neben Geimpften und Genesenen auch Getestete ein Zertifikat erhalten...

Ja, um zu vermeiden, dass es eine totale Verhärtung in der Gesellschaft gibt.

Ist es ein schlechter Kompromiss? Braucht es Ihrer Meinung nach bald

«Der Entscheid war sachlich richtig. Viele Menschen kehrten aus ihren Ferien im südöstlichen Balkan, in Kosovo, Albanien

und Nordmazedonien, angesteckt zurück.»

2 G statt 3 G, wie das zum Beispiel in einigen deutschen Bundesländern der Fall ist?

Nein. Wir müssen jetzt nicht darüber diskutieren, die Getesteten vom Zertifikat auszuschliessen, sondern darüber, wie wir jene 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung, die wir noch brauchen für eine genügend hohe Impfquote, überzeugen können. Wir wollen unsere Freiheit zurück, wir wollen die Zeit hinter uns lassen, in der der Staat uns sagt, wie wir zu leben haben. Und das geht am schnellsten über die Impfung. Dann braucht es auch kein Zertifikat mehr.

Was halten Sie von der jetzigen Ausdehnung der Zertifikatspflicht durch den Bundesrat?

Ich finde die Ausdehnung richtig. Wer Verantwortung übernimmt und für die Gesellschaft kein Risiko darstellt, soll seine Freiheiten zurückerhalten.

Für rund zwei Millionen Menschen in der Schweiz gilt das aber nicht; sie haben kein Zertifikat. Eine solche Ungleichbehandlung hat doch eine enorme gesellschaftliche Sprengkraft.

Unsere Verfassung und unser Rechtsverständnis sieht vor, dass Ungleiches ungleich behandelt wird. Geimpfte und Ungeimpfte unterscheiden sich durch das Risiko, das von ihnen ausgeht – darin, dass Letztere die Pandemie verlängern, das Gesundheitswesen belasten, sich selbst und andere in Gefahr

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 91'624
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 12
Fläche: 201'341 mm²



Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern

Auftrag: 3001119
Themen-Nr.: 340.009

Referenz: 81842550
Ausschnitt Seite: 3/5



«Das Ziel von Verantwortungsträgern sollte es sein, die Gesellschaft zusammenzubringen, nicht, sie zu spalten», sagt die Zürcher Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr.

KARIN HOFER / NZZ



bringen. In einer solchen Situation ist Ungleichbehandlung Pflicht.

Wir haben Sie bei Ihrem Antritt als Regierungspräsidentin diesen Frühling interviewt. Damals haben Sie gesagt: «Man muss in einer freien Gesellschaft den Leuten die Verhaltensänderung so nahebringen, dass sie aus eigener Einsicht handeln.» Die Zertifikatspflicht hebt diesen Grundsatz aus.

Das sehe ich anders. Ungeimpfte können sich weiterhin dem Impfen verweigern.

Na ja, wir nähern uns schon langsam einer Impfpflicht an, wenn immer mehr Bereiche des Lebens nur mit Zertifikat zugänglich sind. Man könnte auch sagen: Wir stellen den Ungeimpften als Nächstes den Strom und das Wasser ab. Sie haben ja die Wahl.

Jetzt übertreiben Sie. Aber natürlich, es ist eine Frage des Masses. Ich höre von Ungeimpften: Ihr schnürt uns die Luft ab. Solche Stimmen muss man ernst nehmen. *Wo ziehen Sie die Grenze? Beim öV, bei Lebensmittelgeschäften?*

Wenn die Mobilitätsfreiheit und die Basisversorgung betroffen sind, müsste man von einem Impfwang sprechen und dies auch offen deklarieren. Dagegen würde ich mich bei dieser Krankheit wehren. Covid ist nicht Ebola.

Dann sind wir heute an der Grenze dessen angelangt, was den Ungeimpften zugemutet werden kann?

Ich bin zuversichtlich, dass die heutige Regelung ausreicht, um eine höhere Impfquote zu erreichen. 75 Prozent der über 16-Jährigen im Kanton Zürich haben ihre Selbstverantwortung wahrgenommen, ihren Beitrag geleistet. Das ist kein schlechter Wert. Es fehlt nicht mehr viel.

Viele lassen sich nun aber bloss unter Protest impfen. Macht Ihnen der Graben, der durch die Gesellschaft geht, keine Sorgen?

Doch. Ich bin als Regierungspräsidentin oft in den Gemeinden unterwegs und bekomme einiges zu hören – von Geimpften wie von Ungeimpften. Aber die Ungeimpften sind eine sehr heterogene Gruppe. Es gibt jene, die die Imp-

fung bisher versäumt haben. Jene, die sie murrend in Kauf nehmen. Und dann gibt es jene, die sagen: «Wenn ihr uns so kommt, könnt ihr es gleich vergessen.» Ein kleiner Teil radikalisiert sich. Diese Gruppe darf nicht zu gross werden, sonst wird es gefährlich.

Ihre Amtskollegin, die Gesundheitsvorsteherin Natalie Rickli, wurde an einem Anlass mit Schorle übergossen, an der Impftram-Einweihung diese Woche in Zürich gab es eine Rauferei, Bundesräte brauchen Personenschutz – die Stimmung ist aufgeheizt.

Genau. Und wenn in einer solchen Situation noch Leute kommen und zusätzlich Öl ins Feuer giessen und zeuseln, finde ich das richtig, richtig problematisch.

Von wem sprechen Sie?

Es gibt Leute, die die Stimmung in den sozialen Netzwerken bewusst anheizen. Und es ist wenig hilfreich, wenn sich Bundesrat Ueli Maurer im Freiheitstrychler-Hemd mit solchen Leuten ablichten lässt und Impfverweigerer als senkrechte Schweizer bezeichnet ... Wir brauchen das Gegenteil: eine rhetorische Abrüstung – gerade von Leuten, die Verantwortung tragen und Vorbilder sein sollten. Das gilt aber für alle Seiten, auch für die Geimpften. Wenn ich von «Covidioten» höre oder wenn ich höre, man wolle mit diesen Leuten gar nicht mehr reden, finde ich das schwierig.

Man könnte auch sagen: Wenn man es mit der Konkordanz ernst meint, ist es richtig und wichtig, dass Stimmen wie jene von Ueli Maurer in einer Regierung vertreten sind.

Ja, das habe ich persönlich während dieser Krise auch immer wieder betont: dass man Zwischentöne und abweichende Haltungen äussern und zulassen soll. Aber das Ziel von Verantwortungsträgern sollte es sein, die Gesellschaft zusammenzubringen, nicht sie zu spalten.

Was kann und soll getan werden, um die Impfquote mit freiwilligen Mitteln zu steigern?

Man erreicht die Leute an verschiede-

nen Orten. Etwa bei der Arbeit. Oder im Sport – dort läuft die Zusammenarbeit an. Oder im Umfeld der Religion – hier sind die Religionsgemeinschaften bereits stark engagiert. So zeigt der Auf-

«Nicht nur Herr Berset oder Frau Rickli sollen für das Impfen werben, sondern auch die Chefin, der Fussballtrainer und der Imam. So erreichen wir mehr.»

ruf der Zürcher Imame an die Gläubigen Wirkung. Wer noch deutlich mehr tun könnte, sind die Unternehmen. Persönlich würde ich es überdies begrüßen, wenn auch die Grossverteiler – Migros, Coop – nach Wegen suchen würden, wie sie die Impfbemühungen unterstützen können. Zumal diese ja eigene Apotheken haben. Eine Impfkation könnte über diese Apotheken laufen – und jeder Hundertste, der sich impfen lässt, bekommt einen Einkaufsgutschein. Die grossen Firmen haben doch ein vitales Interesse daran, dass wir die Pandemie bald hinter uns lassen.

Wahrscheinlich rührt die Zurückhaltung daher, dass man sich als Firma nicht auf die Äste hinauslassen will bei einem so polarisierenden Thema.

Ja, wahrscheinlich, aber das finde ich wahnsinnig mutlos. Es darf nicht immer der Staat sein, der fordert. Nicht nur Herr Berset oder Frau Rickli sollen für das Impfen werben, sondern auch die Chefin, der Fussballtrainer und der Imam. Dann kommt die Forderung nicht von den Behörden, sondern aus der Gesellschaft selbst. So erreichen wir mehr.

Natalie Rickli hat von einer Patientenverfügung gesprochen, die Impfverweigerer konsequenterweise ausfüllen sollten – dass man auf Intensivpflege im Spital verzichtet im Fall einer Erkrankung. Was sagen Sie dazu?

Wir kennen das Argument in der Gesundheitspolitik schon seit langem,



etwa wenn es um das Rauchen oder um Risikosportarten geht. Solche Überlegungen kann man als Denkanstoss formulieren, aber man sollte sie nie in die Tat umsetzen. Das wäre in einer zivilisierten Gesellschaft nicht vertretbar. Ärzte sollen heilen und ihre Patienten nicht in Gut und Schlecht einteilen. Mediziner versorgen in unserem Land auch Mörder. An diesem Grundsatz dürfen wir nicht rütteln.

Fänden Sie den Denkanstoss von Frau Rickli also richtig oder falsch?

Als Gedankenexperiment war die Aussage richtig – aber nur, um aufzuzeigen, welches die Konsequenzen wären. Es ist sicher gut, an die Leute zu appellieren, ihre Entscheidung, sich nicht impfen zu lassen, konsequent zu Ende zu denken. Wenn jemand sagt «Ich bin für mich selbst verantwortlich, lasst mich in Ruhe», muss man erwidern: «Wisst ihr, was das eigentlich bedeutet?» Als Gedankengang kann das erhellend sein, ich sehe Parallelen zu Schockbildern in Präventionskampagnen: «Denkt daran, dass schon mancher geglaubt hat, er landet nicht im Spital.» Es war also ein wichtiger Appell. Aber als systemische Antwort auf die Pandemie sind Patientenverfügungen untauglich. Ich bin kategorisch dagegen, in diese Diskussion einzusteigen.

Gerade beim Impfen zeigt sich ein Stadt-Land-Graben. Muss man diese Unterschiede nicht zulassen?

Wir entscheiden die Pandemie in den Städten und Agglomerationen, nicht in Fischenthal oder Sternenberg. Die Lebensumstände auf dem Land sind meist so, dass das Ansteckungsrisiko dort tatsächlich geringer ist als in den urbanen Räumen. Letztlich stehen wir aber alle in der Verantwortung. Und diese Verantwortung nimmt man offensichtlich auch auf dem Land wahr. So ist zum Beispiel in Fischenthal die Inzidenz sehr tief. Deshalb finde ich das Bashing gewisser Städter gegenüber der impfkritischeren Landbevölkerung falsch.

Müsste man bei den Massnahmen denn nicht mehr auf solche geografischen Unterschiede Rücksicht nehmen?

Dass der Bundesrat die Ausweitung der Zertifikatspflicht für das ganze Land ausgesprochen hat, finde ich richtig. Bei Restaurantbesuchen oder dergleichen gibt es sonst einfach zu viele Ausweichbewegungen. Aber grundsätzlich bevorzuge ich föderalistische Lösungen gegenüber zentralistischen.

Es hiess immer: Wenn erst einmal die Impfung da ist, ist die Pandemie zu Ende. Nun ist es doch nicht so. Wann ist endlich Schluss?

Ich kann nicht hellsehen. Im Vergleich zum Ausland waren wir in der Schweiz stets in einer unglaublich privilegierten Situation, und da sehe ich einen Zusammenhang zur Impfbereitschaft. Ich will nicht kleinreden, dass es einen Teil der Leute richtig hart traf, ob beruflich oder weil sie jemanden verloren haben. Aber die Mehrheit kam relativ unberührt durch die Krise. Man schaute mehr Netflix, statt ins Kino zu gehen, und Home-Office war auch nicht für alle schlimm. In Portugal oder Spanien war das ganz anders, da waren die Schulen während Monaten zu. Es gab über viele Wochen eine Ausgangssperre. In diesen Ländern kommt man nicht auf die Idee, diese Situation noch einmal erleben zu wollen; die Impfquote ist dementsprechend viel höher. Natürlich bin ich froh, dass unser Weg ein anderer, liberalerer war. Eine Folge dieses Wegs ist es nun vielleicht, dass es harziger vorangeht mit dem Impfen.

Und das Zertifikat? Bleibt es uns auf ewig erhalten?

Auf keinen Fall. Für Auslandsreisen wird die Covid-19-Impfung auch in den kommenden Jahren Pflicht sein – so wie es für viele Länder heute die Gelbfieber-Impfung ist. Davon abgesehen muss man das Zertifikat so bald wie möglich wieder abschaffen.